

Wirtschaftsreformen 2025: Union und SPD setzen auf Investment-Offensive!

CDU, CSU und SPD planen umfassende Maßnahmen zur Stärkung der deutschen Wirtschaft ab 2025, einschließlich Steuererleichterungen und Investitionsfonds.

Deutschland - Die Koalitionsverhandlungen zwischen CDU, CSU und SPD sind abgeschlossen, und die neue Bundesregierung hat ambitionierte Pläne zur Stärkung der deutschen Wirtschaft vorgestellt. Ein zentrales Element dieser Strategie ist der geplante **Deutschlandfonds**, bei dem der Bund mindestens 10 Milliarden Euro bereitstellen will. Das Ziel des Fonds ist es, insbesondere Investitionen im Mittelstand und bei Scale-ups anzukurbeln. Der Gesamtvolumen soll durch privates Kapital und Garantien auf mindestens 100 Milliarden Euro anwachsen, wie **Freie Presse** berichtet.

Ein weiter wichtiger Schritt ist eine Reform im Steuerbereich, die Unternehmen erlaubt, in den Jahren 2025 bis 2027 hohe Anteile ihrer Investitionskosten abzuschreiben. Eine degressive Abschreibung von 30 Prozent auf Ausrüstungsinvestitionen soll ebenfalls eingeführt werden. Ab 2028 ist zudem eine schrittweise Senkung der Körperschaftsteuer um fünf Prozentpunkte vorgesehen. Diese Maßnahmen sind Teil eines umfassenden wirtschaftspolitischen Kurses, der dringend notwendig ist, um der anhaltenden Konjunkturschwäche und den strukturellen Herausforderungen in Deutschland entgegenzuwirken.

Wirtschaftliche Herausforderungen und Reformen

Deutschland steht vor einer Reihe von wirtschaftlichen Herausforderungen, darunter ein stagnierendes Produktivitätswachstum und eine alternde Bevölkerung. Um diese Situation zu verbessern, fordern die Sächsischen Industrie- und Handelskammern (IHKs) klare politische Vorgaben, die Stabilität und Berechenbarkeit gewährleisten. Die Politik müsse die internationale Wettbewerbsfähigkeit in den Mittelpunkt stellen, um den Industriestandort Sachsen zu sichern, so die IHKs. Die **Leipziger IHK** hebt hervor, dass eine positive Zukunftsagenda für Deutschland nötig ist, die unternehmerische Verantwortung und Stabilität betont.

Um die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu verbessern, sind verschiedene Maßnahmen angedacht. Dazu gehören die Abschaffung des bisherigen deutschen Lieferkettengesetzes, was die Berichtspflicht für Unternehmen aufhebt. Zukünftig soll ein europäisches Lieferkettengesetz eingeführt werden. Die geplanten Änderungen im Steuergesetz und die Förderung von Investitionen in den Bereichen künstliche Intelligenz und Mikroelektronik sollen Deutschland zudem als führenden Standort auf diesen Gebieten etablieren.

Schritte zur Fachkräftesicherung

Ein weiterer Aspekt des wirtschaftlichen Plans ist die Beschleunigung von Arbeitsgenehmigungen für qualifizierte Fachkräfte sowie die Reduzierung von Bürokratie bei deren Einreise. Innerhalb von zwei Jahren sollen keine neuen rechtlichen Statistikpflichten für diese Prozesse eingeführt werden. Die Erleichterungen zielen darauf ab, die Rekrutierung von Fachkräften zu vereinfachen und die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie zu erhöhen.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die angestrebten Reformen und Maßnahmen der neuen Bundesregierung klare Signale für eine Wende in der deutschen Wirtschaft setzen. Mit einer Kombination aus steuerlichen Erleichterungen, großen Investitionssummen und strategischen Initiativen soll langfristig

eine stabile und wettbewerbsfähige Wirtschaftslandschaft geschaffen werden, die den Herausforderungen der Zukunft gewachsen ist.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ort	Deutschland
Quellen	• www.freiepresse.de • www.leipzig.ihk.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de